

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

**Amtsblatt**

Verlagsamt: Riesner, Dresden, Nr. 20.

Postamt: Leipzig 2100, Postfach Nr. 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 189.

Montag, 18. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postkasten vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 2 mm hohe Gesundheits-Zeile (7 Ellen) 40 Pf., Zeitrauber und tabellarischer Satz 60 Pf., Kuffschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Platz eingenommen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteljährliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Höchstpreise für Frühzwiebeln.

Die Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 28. Juli über Höchstpreise für Frühzwiebeln, Nr. 170 der Edkt. Staatszeitung vom 29. Juli 1919 wird auf Anordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst unter I mit sofortiger Wirkung folgendermaßen abgeändert:

Erzeuger- höchstpreis:	Großhandels- höchstpreis:	Kleinhandels- höchstpreis:
12	18	25 (48 (45))

### 8. Frühzwiebeln ohne Kraut

Der in obige Klasse gelegte Kleinhandelspreis gilt spätestens bis mit 18. August und nur für solche Zwiebeln, die noch aus Lieferungen unter der Herrschaft der zuerst gelieferten Erzeuger- und Großhandelshöchstpreise stammen. Die Kommunalverbände haben darüber zu wachen, daß der in obige Klasse gelegte Preis nicht auch für solche Zwiebeln gefordert wird, die zu den neuen Erzeuger- und Großhandelspreisen an den Kleinhandel geliefert sind.

Dresden, am 16. August 1919.

Wirtschaftsministerium.  
Landeslebensmittelamt.

2422 V 02.  
8962

## Milchzuweisung.

Der Kommunalverband bestimmt hiermit, daß von jetzt ab an Personen über 70 Jahre alt, die nicht zu den Selbstverforgern gehören, täglich 1/2 Liter Milch abgegeben werden kann. Die Beteiligten haben den Nachweis ihrer Berechtigung bei der Gemeindebehörde vorzulegen, und von dieser die benötigten Milcharten in Empfang zu nehmen. Großenhain, am 12. August 1919.

147 d IV.

### Der Kommunalverband.

Zur Säuberung und Wiederherstellung für den Verkehrs- und Winterdienst, sowie die eisenbahnähnlichen Gleisumschlagplätze bei und in Riesa vom 15. Juni 1902 ist unter dem 15. November 1918 ein V. Nachtrag aufgestellt worden, der vom gleichen Tage ab Geltung hat.

## Nationalversammlung.

Präsident Lehmann eröffnete die Sitzung am Sonntagabend um 8 Uhr 20 Minuten. Zweite Beratung des Gesetzesentwurfes gegen die Kapitalabwanderung.

Abg. Reichig (Dem.): Wir sind selbstverständlich gern bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, welche geeignet sind, die Kapitalflucht zu unterbinden und, wenn möglich, wieder rückgängig zu machen, auch wenn es sich dabei um Maßnahmen handelt, an die niemand früher zu denken gewagt hätte.

Abg. Dr. Nieber (Deutsche Vp.): Wir werden das Gesetz annehmen, da die Kapitalflucht mit allen Mitteln gebremst werden muß. Man sollte aber die Notwendigkeit nur nach nochmaliger genauer Prüfung der Frage vornehmen, ob dadurch nicht schwerere Schäden angerichtet würde.

Abg. Dr. Braun (Soz.): Wir stimmen für das Gesetz, weil der Kapitalflucht endlich gestoppt werden muß.

Wirtschaftsminister Erzberger: Alle gegen den Umsatz vorgeschlagen Besenken können und nicht davon abhalten, mit den hierfür Mitteln vorzugehen. Eine Schädigung des Wirtschaftslebens wird nicht eintreten, wohl aber eine sehr zu begrüßende Steigerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Zwischenräume werden nicht ausgegeben werden. Wir wollen uns durch Kontingenzierung der neuen Noten helfen. Verschleierungen durch Fälligkeit des Stempels sind so gut wie gänzlich ausgeschlossen, da der für den Zweck eigens konstruierte Stempel nach der Meinung von Sachverständigen nicht nachgemacht werden kann, wenigstens nicht innerhalb zwei Monaten, welche Abkempelungszeit zunächst in Betracht kommt. Die Gesamtabkempelung wird sich über einen sehr langen Zeitraum, vermutlich über Jahre erstrecken. Ueber die mit dem Ausland zu treffenden Verhandlungen möchte ich keine Mitteilungen machen.

Das Gesetz, welches auf Antrag Damppe (Deutschnatl.) die Ueberschrift „Gesetz gegen die Kapitalflucht“ erhält, wird unter geringen Änderungen in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Beschlüsse über eine außerordentliche Kriegszuschüsse und eine Kriegszuschüsse vom Vermögenszuwachs werden in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Grunderwerbsteuergesetzes. Ein Antrag der Reichspartei, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, einen § 7a einzufügen, wonach die Steuer nur zur Hälfte erhoben wird, wenn der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000 Mk., bei unbebauten 5000 Mk. nicht übersteigt, wird nach unerheblicher Debatte angenommen. Darauf erfolgt die Annahme des ganzen Gesetzes.

Das Hundwareneuerungsrecht wird in dritter Lesung angenommen.

Das Spielkartensteuergesetz wird in dritter Lesung unverändert angenommen.

Zu dem Vergleichsentscheidungen, welche vom Ausschuss als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, richtet Abg. Thiele (Soz.), Vorsitzender der Petitionskommission, die Bitte an die Presse und an die gesamte Öffentlichkeit, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Nationalversammlung nicht, wie bisher, mit Petitionen überhäuft wird, für welche sie ungenügend sei oder bei welchen der Infanzweg nicht erschöpft sei oder wo das nötige Beweismaterial fehle. Eine Reihe von Berichten des Petitionsausschusses wird darauf ohne Erörterung gemäß den Kommissionsanträgen erledigt.

Nächste Sitzung Montag 10 Uhr: Anleihekredit, zweite Beratung der Offiziers- und Mannschaftsversorgungsgesetze und der Reichsabgabenordnung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

## Ein Brief über den 9. November.

Unterstaatssekretär a. D. Wahnschaffe veröffentlicht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Brief über den 9. November an den Ministerialdirektor Dr. Simons.

Als Beginn des letzten Aktes der Kaisertragödie betrachtete Unterstaatssekretär Wahnschaffe die Abreise des Kaisers ins Hauptquartier am 20. Oktober. Eingehend stellt er die Erwägungen und Beratungen in der Ab-

dankungsfrage dar. Bis zum 3. November bemühte sich die Reichsleitung mit Erfolg, die Erörterungen ruhig zu halten. Mit dem Ausbruch der Meuterei in Kiel verschärfte sich die Lage, bis am 7. November das sozialdemokratische Ultimatum bekannt wurde.

Gegenüber einem Abschiedsgesuch und einer Mitteilung des Prinzen Max über die Unmöglichkeit einer Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie hielt der Kaiser in der Frage der Abdankung an seinem bisherigen ablehnenden Standpunkt fest. Bis zum 7. November waren die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts in ihrer Mehrheit noch gegen die Abdankung. Am 8. November hielten sie unter dem Eindruck der Nachrichten über eine weitere Ausdehnung der Revolution ganz überwiegend den Schritt für notwendig. Prinz Max wies darauf hin, daß eine arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag nicht zu finden sei.

Es folgt der Wortlaut des Telegramms vom 8. November, in welchem dem Kaiser geraten wurde, den monarchistischen Gedanken darauf zu verzichten, daß er sich unverzüglich zur Abdankung bereit erkläre, sobald die Ausschreibung von Wahlen für eine verfassungsgebende Nationalversammlung erfolgen könne, welche die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes einschließt, der bisher nicht in das Reich aufgenommenen Volksteile zufallen würde. Erst diese Nationalversammlung würde dann zu den Verfassungsfragen Stellung nehmen. Bis dahin würde der Kaiser einen Stellvertreter bestellen. Der Kaiser lehnte diesen Vorschlag ab und erklärte es noch wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben.

Die Reichssozialisten, welche den von den Unabhängigen am 4. November geplanten Streik verhindert hatten, erklärten sich, ohne eine Wendung in der Kaiserfrage auch ihre Kräfte nicht mehr halten zu können. Für den 9. November wurden große Demonstrationen erwartet. Generaloberst von Klotzsch befahl die Frage des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe, ob er sicher sei, Berlin zu halten.

Am 9. November gegen 9 Uhr vormittags machte Staatssekretär von Hinz aus dem Hauptquartier die erschütternde Mitteilung, daß die Oberste Heeresleitung nunmehr zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Fronttruppen für die Wiederherstellung von Unruhen in der Heimat nicht mehr hinter dem Kaiser stehen könnten. Der Unterstaatssekretär jagte darauf durchs Telefon, unter diesen Umständen sah er nun keine Möglichkeit mehr, die Abdankung des Kaisers zu vermeiden. Er schilderte sodann die Einzelheiten der Vorgänge des 9. November und erklärte u. a., es sei von ihm nicht geäußert worden, daß Berlin in Not läge. Daß eine solche Äußerung nicht gemacht worden ist, werde von allen damals zugegen gewesenen Herren bestätigt. Er habe immer betont, daß von persönlicher Gefahr in Berlin keine Rede sei. Nach weiteren Berichtigungen habe man in Berlin den bestimmten Eindruck, daß der Entschluß zur Abdankung feststehe und nur die Form noch gesucht würde. Eine Bekanntmachung wurde daher vorbereitet und vom Prinzen Max genehmigt. Ob und wann der Prinz den Befehl zur Veröffentlichung der Bekanntmachung gegeben hat, darüber ist der Unterstaatssekretär aus eigener Wissenschaft nicht unterrichtet, weil er von anderen Geschäften in Anspruch genommen war. Nach weiterer Schilderung der einzelnen Phasen des staatsrechtlichen Vorganges sagt Unterstaatssekretär Wahnschaffe:

Die sich überschneidenden Ereignisse machten allerdings sehr schnelle Entschlüsse erforderlich, und es ist richtig, daß schließlich auch durch die Erklärung über den Thronverzicht nichts erreicht worden ist. Ganz ausfallslos wäre aber dieser letzte Versuch zur Rettung der Monarchie nicht gewesen, wenn in Berlin nur ein Rest von militärischer Macht verblieben wäre. Und als diese Macht zusammenbrach, war die freiwillige Abdankung immer noch würdiger als die Absetzung.

Die Darstellung des Unterstaatssekretärs wird sowohl von dem Ministerialdirektor Simons, wie von den anderen Herren, die an den Vorgängen beteiligt waren, oder Kenntnis davon hatten, als richtig bestätigt.

Von seinem Inhalte kann auch bei der Amtshauptmannschaft Riesa als Elbstromamt und bei dem Straßen- und Wasserbauamt Riesa Kenntnis genommen werden. Er betrifft den die Anmeldung und Anlegung der Fahrzeuge regelnden § 8, den Ausnahmen in der Reihenfolge des Anlegens regelnden § 10 und den Platzanweisung und Zahlung des Hafengeldes regelnden § 25.

Interessenten können den Nachtrag gegen Bezahlung durch das Straßen- und Wasserbauamt Riesa beziehen.

Riesa, am 18. August 1919.  
Nr. 441 X.

## Die Amtshauptmannschaft als Elbstromamt.

Im hiesigen Handelsregister ist auf Blatt 580 die Firma Forckertwerke, Inhaber August Scherer, Riesa, Elbe, in Riesa, und als deren Inhaber der Ingenieur August Heinrich Scherer in Riesa eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation und Handel mit Eisenwaren.  
Riesa, den 15. August 1919.

## Das Amtsgericht.

Auf Blatt 20 des hiesigen Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma G. W. Seurig in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Willi Braune in Riesa ist in die Gesellschaft eingetreten. Die Procura desselben ist erloschen.  
Riesa, den 15. August 1919.

## Abgemeine Rattenvertilgung im Stadtbezirk Riesa betr.

Der seit Anfang dieses Monats im Stadtbezirk Riesa zur Vertilgung der Ratten tätig gewesene Kammerlänger Baumann aus Chemnitz wird am 25. August 1919 zur Übernahme der etwa erforderlichen Nachlegungen des Rattenföders nach hier kommen. Wir fordern deshalb sämtliche Besitzer von Grundstücken, die nach der erfolgten Auslegung des Rattenföders weitere Ratten in ihren Grundstücken wahrgenommen haben, auf, am 23. August 1919 im Rathaus — Polizeiamt — zu melden.

Gleichzeitig geben wir noch bekannt, daß der in verschiedenen Grundstücken etwa noch ausliegende Rattenföder unbeschädigt zu vernichten ist.  
Der Rat der Stadt Riesa, am 18. August 1919.

## Was Ludendorff schreibt.

Dem „Leipziger Tageblatt“ entnehmen wir die nachstehenden Mitteilungen:

Die nächste Woche erscheinenden Erinnerungen Ludendorffs, die mit Spannung erwartet werden, werden keine sensationellen Ueberraschungen bieten. Die Einleitung ist überschrieben: „Mein Denken und Handeln.“ Er spricht von seiner Arbeitsgemeinschaft mit Hindenburg und gedenkt rühmend auch derjenigen drei seiner Mitarbeiter, die gerade in der Dessenlichkeit am meisten angegriffen wurden: des Obersten Bauer, des Generals Bartenscheffer (Chef der politischen Abteilung) und des Oberleutnants Nikolai, des Chefs der Presse-, Nachrichten- und Spionageabteilung. Nikolais Tätigkeit sei, so schreibt Ludendorff, vielleicht zu vielseitig gewesen, aber dank seiner Tätigkeit hätten wir freiz gemacht, was die Feinde vorhatten, während ihnen unsere Pläne verborgen blieben, mit Ausnahme des 15. Juli 1918, „da hatten wir es ihnen zu leicht gemacht.“ (Und die angeblich erriechte Fochsche Heeresarmee? Am 28. August 1918, einen Tag nach der Kriegserklärung Rumäniens, wurde Hindenburg Erster Generalstabschef, Ludendorff sollte den Titel „Zweiter Chef“ erhalten. Aber nach seiner Auffassung durfte das Heer nur eine Spitze haben, und man nahm seinen Vorschlag an, ihn zum „Ersten Generalquartiermeister“ zu machen. Nun folgt die Schilderung, wie beide sofort eine Inspektionsreise an die Westfront unternahmen. Sie lernten den Mangel an Menschen und Kriegsmaterial kennen, und Ludendorff erkannte, wie menschenverwüthend das bisherige System der langen Schützengräben und großer Unterstände gewesen war. Er organisierte das System der „elastischen Verteidigung“, welches die Defensivlinie auf kurze Grabenstücke, Granattrichter und Maschinen-gewehrnesten verlegte und in der Folge die Westfrontverluste reduzierte. Bei dieser Reise suchten sie auch den Deutschen und den bairischen Kronprinzen in ihren Stabsquartieren auf, und Ludendorff erzählt, daß beide Fürsten schon damals einer Beendigung des Krieges ohne jeden Landgewinn zugeneigt waren.

In der Schilderung der Vorbereitung des ungehemmten U-Bootkrieges sagt Ludendorff, daß er die Hoffnungen des Admiralstabes von den berühmten „sechs Monaten“ nicht geteilt habe: „Bei meiner Kenntnis vom Kriege und meiner Bewertung des jenseitigen Willens nahm ich die Jählingangabe der Marine über die voraussichtliche Wirkung des unbefrähteten U-Bootkrieges nicht buchstäblich. Ich glaubte aber doch auf eine entscheidende Wirkung innerhalb Jahresfrist rechnen zu können.“

Erst jetzt erfährt man, wie häufig er und Hindenburg daran dachten, den Abschied zu nehmen. Am 12. Juli 1917 reichten beide ihren Abschied ein, als die Friedensresolution des Reichstags bevorstand. Da am 13. Juli Lehmann starb, nahmen sie ihr Verbleib wieder zurück. Auch im Januar 1918 wollten beide Feldherren zurücktreten, weil die Reichsregierung die Forderungen der Obersten Heeresleitung in bezug auf die Grenzsicherung gegen Polen nicht weitgehend genug vertrat. Der Reichsanzler Graf Herting überzeugte sie aber, daß die Verantwortung nur die Staatsmänner trüge. (Sonderbar. Sie glauben wohl, daß nun die Friedensentscheidung nicht respektiert werden würde! So war es ja auch.) Derr Reichsminister machte das. Dagegen bestreitet Ludendorff, daß er mit seinem Rücktritt gedroht habe, wenn die Regierung vor der großen Offensive 1918 Friedensverhandlungen machte. Er erzählt, daß er auch nach dem 8. August 1918, der endgültig die deutsche Niederlage entschied, Hindenburg seine Demission anbot. Graf Czernin sei Ludendorff, so erzählt dieser, äußerst sympathisch gewesen. Interessant ist, daß Ludendorff bestreitet, am Sturze Süßmanns mitgewirkt zu haben.

Ueber seinen eigenen Sturz spricht Ludendorff ausführlich. Nach dem Eingang der zweiten Note Wilsons fand bekanntlich in Berlin die große Kabinettsitzung statt, in der Ludendorff für die Organisation eines neuen nationalen Widerstandes wirkte. Es waren auch zwei Tage